

Die E-Mail-Debatte

«Das Nein zur Fremdenfeindlichkeit gehört zur grünen DNA»

Wer ärgert sich über St. Galler Gewerbler? Und wer über Tessiner Grüne? Was trennt Linke und Liberale? Franz Jaeger und Jo Lang über die Zuwanderung

Franz Jaeger

Was mich an der laufenden Abstimmungskampagne echt nervt, ist, dass von ganz links wie von ganz rechts Vorkommnisse in einzelnen Regionen oder Branchen, wie Lohndumping und die Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte sowie Raum-, Stau- und Mietzinsnot, immer wieder zu flächendeckenden Phänomenen hochgespielt werden - entgegen den Fakten. Und noch mehr stört mich, wenn das tatsächlich existierende und brisante Phänomen der Zuwanderung dazu benutzt wird, die erwähnten, überzeichneten Missstände einzig mit diesem demografischen Sonderfaktor zu erklären, um sofort mit populistischen, leider aber schädlichen Lösungsvorschlägen aufzukreuzen, die an Kommandowirtschaft erinnern. So etwa lanciert die Linke auf dem Buckel der angeblich von ihr befürworteten Personenfreizügigkeit ein aus sozialistischer Sicht legitimes, aber beschäftigungsfeindliches Regime mit staatlich undifferenziert verordneten Mindestlöhnen und Höchstmieten. Damit wirft sie nichts Geringeres als die hierzulande bewährte Sozialpartnerschaft über Bord. Und rechtsausen will man die Zuwanderung - selbst hochqualifizierter - Arbeitskräfte mit einem ebenfalls bürokratischen Kontingentsregime deckeln. Das mag zwar nationalpolitisch legitim sein, schadet aber langfristig ebenfalls der Schweizer Beschäftigungs- und Wohlstandsoase.

Jo Lang

Lieber Herr Jaeger, als Linker musste ich lernen, dass auch gute Prinzipien, zum Beispiel das der Gleichheit, schlechte Folgen haben können. Und dass man diese nicht bannt, indem man die Güte des Prinzips beschwört. Oder jene, welche die negativen Folgen thematisieren, als prinzipielle Gegner hinstellt. Genau das tun Sie, wenn Sie das linke Ja zur Personenfreizügigkeit infrage stellen. Müssen nicht auch Sie lernen, dass das an sich positive Prinzip der Freiheit negative Folgen haben kann? Allerdings verstehe ich Sie, wenn Sie sich dagegen wehren,

Debattierer



Franz Jaeger war Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität St. Gallen. Er zeichnet heute als Leitungsmittglied und Hauptdozent an der Executive School of Management, Technology and Law.



Jo Lang erforscht als Historiker Themen wie Kulturkampf und Katholizismus. Von 2003 bis 2011 vertrat Lang die Grünen im Nationalrat.

dass die Personenfreizügigkeit für alle Probleme verantwortlich sein soll. Als Max Frisch 1955 in der Streitschrift «Achtung: die Schweiz!» vor dem Siedlungsbrei warnte, hatte unser Land gut die Hälfte der heutigen Einwohner. Die Ursache des Landverschleisses liegt nicht in der Einwanderung, sondern in einem jahrzehntelangen raumplanerischen Versagen. Keine Partei trägt dafür so viel Verantwortung wie die SVP.

Franz Jaeger

Nochmals, Herr Lang, ich lerne ja gern, und Freiheit kann - wenn missbraucht - durchaus negative Folgen haben. Aber hier sprechen einfach die Fakten gegen die These, wonach der Druck auf Arbeitsplätze, Löhne und Mietzins durch die Zuwanderung verursacht werde. Keiner der vielen Studien, nicht einmal jener des Genossen und früheren Seco-Experten Serge Gaillard ist der Nachweis gelungen, dass die sogar während der Krise extrem positive Lohnentwicklung in der Schweiz durch Zuwanderung je gebremst worden wäre. Selbst zum Sonderfall Tessin kam es erst im Zuge des schweren Wirtschaftseinbruchs in Norditalien. Wie sollten die 3,4 Prozent Deutschen in unserem Lande Eidgenossinnen und Eidgenossen grossflächig von ihren Arbeitsplätzen verdrängen? Absurd! Und hat nicht eine Untersuchung der CS für das Immobilienhitzegebiet Zürich gar mit dem Resultat verblüfft, dass die Mietpreise in jenen Quartieren am stärksten steigen, in denen die Ausländeranteile tiefer liegen als im Durchschnitt? Also selbst die Wohnungsnot in den wenigen Ballungsgebieten haben alle Einwohner - vor allem anspruchsvolle Schweizer - mitverursacht. Zum Schluss noch ein Bravo ihren Tessiner Parteifreunden, Herr Lang, haben doch diese mit ihrem herzhaften Einsatz für die SVP-Kontingentsbürokratie zur grünen Strategie der Einschränkung zurückgefunden!

Jo Lang

Hier ist mit mir nicht zu spassen. Die mit sechs Stimmen beschlossene Ja-Parole des

Tessiner Sektionsvorstandes ist ein Ärgernis. Das Nein zur Fremdenfeindlichkeit gehört zur grünen DNA. Die Partei entstand vor gut 30 Jahren in klarer Abgrenzung zur Nationalökologie eines Valentin Oehen. Wie ich in der Zeitung lesen konnte, haben Sie aber vor Ihrer Haustür ein ähnliches Problem.

Franz Jaeger

Leider! Die St. Galler Sektion meines Lieblingsverbandes schweizerischer Gewerbler löst mit ihrem peinlichen Ja zur demografischen Planwirtschaft bei mir ordnungspolitisches Entsetzen aus, kämpft sie doch sonst tapfer gegen jede Regulierung - es sei denn, diese schütze sie vor Wettbewerb.

Jo Lang

Irgendwie drehen wir uns im Kreis. Beide sind wir für Personenfreizügigkeit und gegen Kontingente. Da Ihnen aber aus doktrinären Gründen flankierende Massnahmen nicht passen, machen Sie etwas arg auf Schönfärberei. Was das Tessin betrifft, lehnen Sie die wichtigste Antwort ab: die Schaffung eines Mindestlohnes. Hier haben die Grünen nach dem Vorbild des Grenzkanons Neuenburg eine Volksinitiative dafür eingereicht, die von der Kantonsregierung verschleppt wird. In dieser gibt die Lega dei Ticinesi den Ton an, welche von den Problemen profitiert, die sie nicht löst. Diesen Teufelskreis müssen Liberale und Linke gemeinsam brechen.

Franz Jaeger

Aber nicht mit staatlich befohlenen, weltrekordhohen Mindestlöhnen: Damit würden ja noch mehr Zuwanderer und Grenzgänger ins Tessin gelockt. Da sind mir die neuen Flankierenden, mit denen der Bundesrat aufwartet, schon lieber: Kampfansage gegen jeden Missbrauch der Freizügigkeit (gezinkte Arbeitsverträge und Scheinfirmen), Absage an Sozialhilfe für Zuwanderer auf Arbeitssuche, Verlust des Aufenthaltsrechts nach mehr als 12 Monaten ohne Arbeit und vorbehaltener Anspruch auf Ergänzungsleistungen für Aufenthalter in Rente.

Frage der Woche
an Martin SchneiderIst es richtig, am Zürichberg
Flüchtlinge unterzubringen?

Diese Woche wurde die Zwischennutzung einer Liegenschaft in Zürich als Wohnraum für anerkannte Flüchtlingsfamilien kontrovers diskutiert. Die Liegenschaft liegt im Quartier Hirslanden direkt an der Grenze zu Hottingen. Diese Lage wurde vielfach als Lage am Zürichberg bezeichnet, und dort gehöre eine solche Einrichtung nicht hin. Auch Fluntern liegt am Zürichberg. Und das Quartier hat Erfahrung auf diesem Gebiet.

Fluntern beherbergte vor zwei Jahren an der Restelbergstrasse Familien aus Eritrea, ebenfalls Flüchtlinge wie die Menschen, um die es jetzt geht. Skepsis und Unbehagen gab es vorab, gezeigt hat sich aber ein ganz anderes Bild. Die Familien, alle geprägt von schwierigen Erlebnissen, haben sich um Kontakte und Integration bemüht. Ihre Kinder gingen ins Schulhaus Fluntern. Ausgesprochen höfliche und lernbegierige Kinder sollen es gewesen sein, von denen einige aufgrund ihrer Lernfortschritte in der Spezialklasse schon nach kurzer Zeit in die Regelklassen übernommen werden konnten. Bis dann die Zwischennutzung an der Restelbergstrasse auslief und sie weiterziehen mussten. Konkrete Probleme mit den Familien wurden keine an uns herangetragen, doch erhielten wir Post aus der Nachbarschaft, die Bedauern über die eigenen Vorurteile im Vorfeld äusseren. Einige der Flüchtlinge sollen nun an der Sonnenbergstrasse im Quartier Hirslanden eine nächste befristete Bleibe finden. Der Vorstand des Quartiervereins Fluntern jedenfalls wünscht dem Quartier, den unmittelbaren Nachbarn und den Familien ähnlich bereichernde Begegnungen, wie wir sie aus unserem Quartier am Zürichberg nehmen durften.

Grundsätzlich aber vertraue ich als Bürger und Quartiervereinspräsident unserem demokratischen System mit allen seinen politischen Couleurs. Dieses System hat die derzeitige Flüchtlingspolitik bestimmt. Und solange diese gilt, ist sie umzusetzen und mitzutragen. Und zwar solidarisch mit allen Stadtquartieren. Auch am Zürichberg.

Martin Schneider ist Präsident des Quartiervereins Zürich Fluntern

51 Prozent

Botox auch für Feministinnen



Nicole Althaus

Das Alter ist wie ein ungebeter Gast, der plötzlich vor der Tür steht. Natürlich hat man schon von ihm gehört. Man weiss, dass er sich nicht wird abwimmeln lassen, nur weil man ihn nicht mit offenen Armen empfängt. Trotzdem ist man so gar nicht darauf vorbereitet, wenn das Alter dann tatsächlich an die Tür klopft. Krähenfüsse? Zornesfalten? Was für eine Zumutung! Auch wenn das Altern alle trifft, fühlt es sich in unserer Gesellschaft an wie eine peinliche Tätigkeit, bei der man in flagranti erwischt wird. Nicht nur, aber vorab als Frau muss man dabei unbedingt eine gute Figur machen. So wie Michelle Obama, die zu ihrem fünfzigsten Geburtstag letzte Woche ihre durchtrainierten Oberarme siegessicher in die Luft reckte und eine Reihe makelloser Zähne entblöste. Oder wie Kate Moss, die sich zu ihrem Vierzigsten ein Shooting als Bunny für die Jubiläumsgabe des «Playboys» gönnte. Das Wort «fabelhaft» ist anlässlich der Feierlichkeiten der beiden Prominenten oft gefallen. Und fast könnte man die Tatsache, dass ein vierzigjähriges Topmodel noch als solches wahrgenommen

wird oder dass eine fünfzigjährige Frau ärmellos tanzt, statt sich formlos zu ducken, als feministische Errungenschaft bejubeln. Als Heraustreten der modernen Frau aus der nicht nur selbstverschuldeten Unsichtbarkeit des Alters.

Wenn da bloss nicht die Tatsache wäre, dass das Wort «Botox» noch viel öfter gefallen ist als das Wort «fabelhaft»: «Die Botox-Beichte zum Geburtstag» titelte der «Blick», nachdem die amerikanische First Lady in einem Interview mit dem Magazin «People» erzählt hatte, sie habe gelernt, «niemals nie» zu sagen. Auch nicht zu Botox oder einem Facelift. Michelle Obamas Ansichten zum Nervengift machten in Windeseile Schlagzeilen in aller Welt, fast so, als hätte die Juristin mit einem Abschluss an der Eliteuniversität Harvard noch nie etwas Relevanteres von sich gegeben.

Den Zeitgeist zumindest hat sie getroffen: Fettabsaugen? Ein kleines Facelift? Der Griff in die Trickkiste der Schönheitsoperationen gilt heute nicht mehr als Kapitulation vor dem Anspruch, würdevoll zu altern, sondern als emanzipatorische Selbstverständlichkeit. Längst werden im Netz die am schönsten gealterten Stars und Sternchen aufgelistet und die unvorteilhaft operierten an den Pranger gestellt. Kate Moss, die es gewagt hatte, an ihrer Geburtstagsparty im kleinen Schwarzen Bein zu zeigen und etwas zu viel zu trinken, wurde von der britischen Boulevardpresse prompt bestraft: Gefährlich gewankt habe sie, und, schlimmer noch, sie habe offenbar vergessen, etwas gegen das



Jugendlichkeit ist keine Lebensphase mehr, sondern Pflicht. Eine Pflicht, der Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, nur mehr selten Widerstand leisten.

unappetitliche Altern ihrer Knie zu unternehmen.

Jugendlichkeit ist keine Lebensphase mehr, sondern Pflicht. Eine Pflicht, der Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, nur mehr selten Widerstand leisten. Eine Pflicht, die selbst kluge Frauen wie Michelle Obama dazu verleitet, den Kampf gegen das sichtbare Alter als weibliches Selbstermächtigungsfeld zu definieren: «Frauen sollten die Freiheit haben, zu tun, was immer sie tun müssen, um sich wohl in ihrer Haut zu fühlen», verteidigte sie Botox und Co. Als ob die Emanzipation von Hängeliedern und Krähenfüssen ein feministischer Akt sei und der L'Oréal-Slogan «Weil ich es mir wert bin» die neuste Kampfschrift.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Selbstverständlich darf sich eine Frau Botox spritzen lassen. Es ist ihr gutes Recht, an und mit ihrem Körper zu tun, was sie will. Aber ein Akt der Freiheit ist es gewiss nicht. Mit dem Recht der Frau auf Selbstbestimmung war nicht das Recht auf Botox gemeint. Die Okkupation emanzipatorischer Sprache im Kampf gegen das Altern verschleierte eine wichtige Tatsache: Schönheit, sei sie auch mit teuren Eingriffen herbeigeführt, ist keine Leistung. Sondern ein Privileg. Früher bloss eines der Jugend, heute auch der Vermögenden. Dafür ist Altern, gerade für Frauen, heute längst kein Privileg mehr. Es wird je länger, je mehr zur Leistung.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin der Zeitschrift «Wir Eltern».

Strittis Schlagzeile

Zum Jahrestreffen des
World Economic Forum (WEF)

Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GJK in Zürich.